

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Sächs. Staatsbank, Dresden,
Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, R.-G., Dresden,
Gebrüder Kretsch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Sitzungen gesetzlicher Org. ist es durch eine solche höherer Gewalten, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Einfluss auf Fortsetzung des Bezugspreises oder auf Fortleitung der Zeitung.

Redaktionsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268
Telefon: 240 200, halbtägig 130 200, Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm: Adressat: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wittenbergplatz 11, Dresden Nr. 2061. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsleiter: Wittenbergplatz 11, Dresden Nr. 2061 und 12 201.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreise: die 30 mm breite Monatszei-
tung 30 Pf., die 10 mm breite Wochenzeitschrift 200 Pf., für auswärtige
Angehörige 40 Pf. und 250 Pf. Familienangehörigen, Stellen- und Anzei-
genpreise 40 Pf. pro Rubrik. Für Kleinverträge 10 Pf.

Nr. 261

Dresden, Mittwoch den 7. November 1928

39. Jahrg.

Die „Nationale Einigkeit“ - hops!

Rücktritt der Radikalen und Poincarés

Nach fast 2 1/2-jähriger Dauer ist das Kabinett der „nationalen Einigkeit“ aufgelöst, das Poincaré in den Tagen der Inflationspanik vom Juli 1926 gebildet hatte. Diese Regierung hatte seit ihrem Bestehen und vor allem seit einem Jahre viele Krisen überstanden, die zum Teil durch eine Rebellion des linken Flügels der Radikalen Partei hervorgerufen wurden. Aber immer wieder appellierte der Unterrichtsminister Herriot an das Vertrauen seiner Parteifreunde, die ihm dann die weitere Arbeit gestatteten. Zuletzt allerdings machte nur noch die Hälfte der radikalen Kammerfraktion die Regierungspolitik mit, während die andere Hälfte unter Führung des Parteivorstehenden Daladier in offener Opposition gegen das Kabinett stand.

Ein jeder fühlte, daß dieser Zustand auf die Dauer sowohl für die Regierung als auch für die Radikalen selbst unhaltbar sein würde. Fast zwei Jahre lang hatte Poincaré allerdings bei jeder kritischen Gelegenheit einen Triumph auszuweisen vermocht, der regelmäßig den Ausschlag gab; er erinnerte daran, daß seine Regierung der „nationalen Einigkeit“ gebildet worden war, um die Inflationsgefahr zu überwinden und um die Stabilisierung der französischen Währung durchzuführen. Er malte das Gespenst eines neuen finanziellen Zusammenbruchs für den Fall einer Regierungskrise an die Wand — und zähneknirschend drückten sich die Radikalen. Poincaré versuchte auch, mit Zug der Stabilisierung immer mehr hinzuzugewinnen. So gelang es ihm, seine Regierung durch die ganze Robperiode vom vergangenen Frühjahr bis zum Zusammenbruch, was an sich ein politisches Kunststück war, denn während sich die Parteien im Wandel mit wachsender Erbitterung bekämpften, saßen ihre Führer von Herriot bis Marin steinbar einträchtig im gleichen Kabinett. Nach den Wahlen, die keine Klärung brachten, versuchte Poincaré eine Zeitlang noch das Spiel fortzusetzen, aber die unerbittlichen Notwendigkeiten waren stärker als seine taktischen Vorurteile; unmittelbar vor der Sommerpause mußte er sich entschließen, die Stabilisierung, die praktisch bereits durchgeführt war, gesehlich durchzuführen.

Dann fiel aber zugleich der einzige Grund fort, der diese unnatürliche Koalition solange zusammengehalten hat. Keiner Konfliktstoff war: der Streit um die Wiederherstellung von religiösen Orden, die blutigen Zwischenfälle bei der Erhebung des Denkmals für den Schöpfer der Kolonialverwaltung, Combes, sowie das diktatorische Auftreten Poincarés in der Finanzkommission.

In dieser gespannten Situation trat der Parteitag der Radikalen in Angers zusammen. Es hatte zunächst den Anschein, als ob man auch dieses Mal die scharfen Revolutionen des linken Flügels gegen die gegenwärtige Situation nicht annehmen, aber zugleich den Ministern mehr oder minder stillschweigend das weitere Verbleiben im Kabinett gestatten würde. In der Tat, alle Resolutionen wurden so abgelehnt, daß sie bei aller grundsätzlichen Ablehnung gegen die „nationale Einigkeit“ sowohl den Ministern als auch den Abgeordneten freie Hand lassen sollten. Schon waren die radikalen Minister nach Paris zurückgekehrt, als

kurz vor Schluß des Parteitages Caillaux in Aktion trat und dem Parteitag eine wirklich „radikale“ Note verlas, die auch in der offiziellen, abschließenden Programmklärung zum Ausdruck kam. Unter dem Eindruck dieser Wendung haben sich die vier radikalen Minister, Herriot, Carrat, Perrier und Quenelle, doch entschließen müssen, ihre Demission einzubringen. Darauf erfolgte der Gesamtrücktritt des Kabinetts Poincaré.

Was nun? Zunächst einmal: die „nationale Einigkeit“ ist tot, sie wird nicht wieder auferstehen. Die Tatsache, daß die vier radikalen Minister ihren Rücktritt angemeldet haben, ohne von ihrem Parteitag ausdrücklich dazu verpflichtet zu sein, beweist, daß sie selbst die Überzeugung gewonnen haben, die „nationale Einigkeit“ sei endgiltig überlebt. Eine

Regierung ohne die Radikalen erscheint unmöglich, denn selbst Poincaré könnte nicht wieder den früheren unheilvollen „Nationalen Block“ der schwachen Rechten bilden. Schon eher ist eine Regierung der „Konzentration nach Links“ denkbar, die unter Ausschluß der Marin-Gruppe sich auf die linken Gruppen des Bürgertums stützen würde. Eine solche Kombination würde allerdings nur auf einer schmalen parlamentarischen Basis beruhen.

Es gibt endlich noch eine dritte Möglichkeit, jedoch nur in der Theorie. Das ist die Lösung, auf die der Parteitag von Angers in seiner abschließenden Kundgebung ausdrücklich hingewiesen hat: die Wiederherstellung des Kartells der Linken! Die Radikalen verstehen aber darunter keine bloße Unterstützung durch die Sozialisten von Fall zu Fall, wie in den Jahren 1924/25, sondern eine direkte

Der Tag der Revolution

Arbeiter und Angestellte! Beamte! Männer und Frauen der arbeitenden Bevölkerung! Heraus zur Revolutionskundgebung!

Am 9. November führt sich zum zehnten Male der Tag der Revolution. Der Sturz der Monarchie war ein Ereignis, historisch gewaltig und bedeutsam für die Massen des arbeitenden Volkes. Längst hatte sich das deutsche Bürgertum aus Angst vor der Arbeiterklasse mit dem deutschen Absolutismus ausgeöhnt. Die politischen Ideen des Bürgertums aus dessen besserer Zeit verwirklicht, zerbrachen die Soldaten und Arbeiter vor einem Jahrzehnt das moribide Gebäude des großwahnsinnigen Monarchismus Wilhelms II. Die Vorkämpfer unkontrollierter Militärs brach zusammen. Aus dem Meer von Blut und Tränen reichte sich der kleine Proletariat auf, um eine neue gesellschaftliche Ordnung auf dem Boden politischer Freiheit zu verwirklichen.

Wiel bedeutete der Sieg über die monarchistischen Mächte. Die Grundlagen politischer Demokratie hatten die Vorkämpfer des Sozialismus in schweren Jahrzehnten des Kampfes mit dem Absolutismus nicht erringen können. Groß war daher das geschichtliche Werk des Proletariats, als es die Fesseln der politischen Unfreiheit vom deutschen Volke abstreifte. Aber wenig noch war erreicht vom Standpunkte des zu Erreichenden aus. Die Massenverhältnisse des monarchistischen Systems waren geblieben. Der kapitalistische Charakter der Republik war derselbe wie in der Monarchie. Einen Augenblick zwar wich der Kapitalismus vor der Gewalt der Arbeiterklasse zurück. Aber er konnte sich erneut festigen und wurde in den Instationswirren allmächtiger Diktator über den Staat.

Die Arbeiterklasse verteidigte die politische Demokratie in der neuen Republik, die durch allgemeine freie Wahlen mögliche Selbstbestimmung des Volkes. Aber sie trug zugleich die Mission in sich, auf der neuen politischen Grundlage die soziale Befreiung der Arbeiterklasse durchzuführen.

Daher bilden wir am 10. Gedenntage des Novembersturzes stolz auf das Errungene. Wir erinnern uns aber um so stärker an diesem Tage, daß die vornehmste Aufgabe der Arbeiterklasse noch zu erfüllen ist:

Die Reinigung der Republik von kapitalistischer Unmoral und Ausbeutung, der Sieg des Sozialismus!

Im Kampf um die soziale Befreiung ist die Arbeiterklasse auf sich selbst gestellt. Die Sozialdemokratie ringt um menschenwürdige Existenzbedingungen für die Arbeiterklasse, um sie für das Befreiungswerk des Sozialismus zu befähigen. Die Sozialdemokratie erstrebt den kulturellen Aufstieg des Proletariats, um den Sieg des Sozialismus zu sichern.

Mächtig ballen sich die Kräfte der Reaktion gegen die Arbeiterklasse zusammen. Dauernd vermag sich das Proletariat nur als einheitlicher, kampfbereiter Block zu behaupten. Unheilvoll genug schon hat sich die Zersplitterung im Lager des Proletariats geltend gemacht.

Darum muß am zehnten Gedenntage der Revolution Kun, Partei- und Gewerkschaftsmitglied, ist es an euch, durch Massenbesuch machtvolle Kundgebungen herbeizuführen. Werbt in den Betrieben, in den Versammlungen und wo immer sich Gelegenheit bietet, für die Revolutionsveranstaltungen.

Das Bekenntnis zur Revolution und zum republikanischen Gedanken muß in diesem Jahre ganz besonders machtvoll zur Geltung gebracht werden.

die Arbeiterschaft einmütig und geschlossen in gewaltigen Massenversammlungen bekräftigen:

Wir bekennen uns stolz zum Novembersturz!

Wir treten ein für die Ziele der Revolution!

Wir demonstrieren für den Sozialismus!

Wir sind die Todfeinde der kapitalistischen Gesellschaftsordnung!

Männer und Frauen des arbeitenden Volkes! Arbeiter, Angestellte, Beamte! Heraus die roten Fahnen!

Die Dresdner Arbeiterschaft demonstriert am Freitag, dem 9. November, vormittags 10 Uhr, in

9 Revolutionsveranstaltungen

für die Ziele des Sozialismus. Sie finden statt im Gaißhof Wölfnitz; Konstantia, Colia; Trianon, Trabantenstraße; Reichsbanner, Bischofsweg; Wähle, Mitten; Blumenstraße; Volkshaus Dresden-Ost; Gaißhof Dobritz; Gaißhof Zur Gule, Loschwitz. Die Genossen Reichstagsabgeordneter Artur Vitz, Stadtverordnetenvorsteher Clemens Böhlisch, Reichstagsabgeordneter Hermann Fleißner, Schriftleiter Hans Finsterbusch, Stadtverordneter Wilhelm Franke, Hauptschriftleiter Robert Großsch, Reichstagsabgeordnete Tony Sender, Parteifunktionär Wilh. Subit, Landtagsabgeordneter Kurt Wedel werden den zehnjährigen Gedenntag der Revolution in Ansprachen würdigen, Massensänger der Arbeiterklasse werden durch Tendenzlieder den Veranstaltungen die weitestmögliche Würdigung geben.

22 Demonstrationen werden sich in den Nachmittagsstunden durch das ganze Stadtgebiet nach dem Stadion (Hagenlampsdahn) bewegen, um daselbst an der großen für 6 Uhr angelegten

Revolutionstkundgebung

teilzunehmen. Musik und Massenschöre der Arbeiterklasse werden zu der Festansprache des Genossen Landtagsabgeordneten Oskar Wel überleiten. Die Rede wird durch den Großlautsprecher der vieltausendköpfigen Menge verständlich gemacht werden. Nach Abschluß der Kundgebung bewegt sich durch die Albrechtstraße, Bürgerwiese nach dem Rathaus ein

Fackelzug

Auf dem Rathausplatz erfolgt Abschluß und Auflösung der Kundgebung. Die Fackeln werden auf dem Georgplatz zusammengeführt. Die vom Revolutionskomitee herausgegebene Fackelplakette berechtigt zur Teilnahme. Sie kann zum Preise von 20 Pfennig bei allen Parteifunktionären und Vertrauensleuten entnommen werden. Die

Sozialistische Arbeiterjugend

beteiligt sich vormittags und nachmittags geschlossen an den Veranstaltungen der Partei. Im Anschluß an die Massenkundgebung findet abends 8 Uhr im großen Saale des Trianon eine

Revolutionsfeier der Jugend

statt. Das Programm weist Jugendschöre, Sprechchorwerk „Großstadt“ von Schönant und Länge einer Schülerin der Palucca-Schule auf. Der Einlaß ist auf 7 Uhr, der Preis der Eintrittskarte auf 50 Pfennig festgesetzt.

Hoover gewählt

Schwere Wahlbeteiligung

U. New York, 7. November. (Fig. Funk.) Bei den Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten von Amerika ist eine Rekordbeteiligung erreicht worden. Seit der Eröffnung der Wahlhandlung standen die Wähler vor den Wahllokalen Schlange. In New York-Stadt dürften allein rund zwei Millionen Stimmen abgegeben worden sein. Chicago meldete 2 1/2 Stunden nach Schluß des Wahls 20000 Stimmen bei einer Wählerzahl von 100000 in dieser Stadt hatten ebenfalls nach zwei Stunden 10 Prozent der Wähler von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Allein in New York überwohnten 8000 Polizisten und 1500 Spezialbeamte den Verlauf der Wahl.

U. Berlin, 7. November. (Fig. Funk.) Nach den Ergebnissen, die aus den verschiedensten Landesteilen der Vereinigten Staaten vorliegen, scheint die Wahl Hoovers als Wahlsieger gesichert. Die Demokraten mit ihrem Kandidaten Smith erzielten bisher starke Stimmengahlen, die aber immer denen Hoovers wesentlich zurückbleiben.

U. New York, 7. November. (Fig. Funk.) Die Wahl Hoovers zum Präsidenten der Vereinigten Staaten ist nunmehr gesichert. Die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen beträgt bereits 387. Da im ganzen 481 Wahlmänner zu wählen sind, ist das eine große absolute Mehrheit für Hoover. Coolidge hat seinerseits nur 83 Wahlmännerstimmen erhalten. Der Gegenkandidat Smith (Demokrat) hat Hoover ein 1000-stimmiges Gegengewicht erhalten.